

Nein zur Postprivatisierung!

Gewerkschaft muss endlich aktiv werden - Streik jetzt!

Die Postbelegschaft hat schon in den vergangenen Jahren eine Verschlechterung nach der anderen hinnehmen müssen. Die Post sollte "fit für die Börse" gemacht werden, das heißt, durch verschärften Druck auf die Belegschaft sollten "Kosten" gesenkt und damit die Profite für die Eigentümer erhöht werden. Mit dem Börsegang werden diese Angriffe nochmals verschärft werden.
Nur ein Streik kann den Ausverkauf stoppen!

Es wäre wichtig gewesen, spätestens zum Zeitpunkt der Ankündigung des Börseganges durch die Regierung mit einem Streik zu antworten worden. Dazu waren die Spitzen von GPF und ÖGB nicht bereit.
GPF-Führung blieb im Wesentlichen bei verbalen Drohungen.

Doch es ist noch nicht zu spät!

Die Post hat Millionen KundInnen, die ein Interesse an einer guten und preiswerten Versorgung haben. Mit einem Streik, der sich mit Flugblattaktionen u.ä. direkt an diese Menschen wendet, kann es gelingen, Solidarität aufzubauen und so auch die zögerliche GPF-Zentrale und den ÖGB unter Druck zu setzen. Eines muss allen GewerkschafterInnen klar sein: Wenn jetzt privatisiert wird bleibt die Post privat. Auch eine neue, SPÖ-geführte, Bundesregierung wird die Privatisierung und den Arbeitsplatzabbau nicht zurücknehmen.

Jetzt stillhalten stärkt Regierung und Management!

In Oberösterreich hat ein Teil der Postgewerkschaft erkannt, dass es zu wenig ist, in den Gremien einen Streikbeschluss zu fassen und dann abzuwarten. Es geht darum den Beschluss jetzt umzusetzen. Denn auch wenn die Regierung jetzt das "schwarzorange" vom Himmel verspricht - "Arbeitsplatzgarantie", "Mitarbeiterbeteiligung" und wie all die Lockangebote heißen mögen. Dass man der Regierung nicht trauen kann, haben schon die KollegInnen bei der ÖBB leidvoll erfahren.
Der ÖBB-Streik 2003 zeigte auch, dass demokratische Entscheidungen bei Kampfmaßnahmen notwendig sind, da sonst die Gewerkschaftsführung von oben herab - auch gegen den Willen der Belegschaft - den Streik einfach abdrehen kann, auch wenn das Ergebnis nicht passt. Ein konsequenter Streik ist die beste Versicherung, dass das Thema nicht nach der Wahl, dann möglicherweise unter einem Kanzler Gusenbauer, von Neuem aufs Tablett kommt. Die zögerliche Haltung stärkt den politischen Gegner! Kaum zeigt sich die Gewerkschaftsführung unentschlossen, stoßen Regierung und Management mit weiteren Forderungen bezüglich Stellenabbau und Flexibilisierung nach.

Postprivatisierung bedeutet weiteren Arbeitsplatzabbau

Am Beispiel der deutschen Post, die schon vor Jahren an der Börse verkauft wurde, kann man deutlich sehen, was "Arbeitsplatzgarantien" wert sind. Nichts. Zehntausende Stellen wurden seit dem Börsegang abgebaut. In Österreich haben seit 1999 mehr als 10.000 Postler ihren Arbeitsplatz verloren, mit dem Börsegang wird das Tempo verschärft werden. (Zitat Postgeneral Wais: "Weiterer Personalabbau wird auf jeden Fall stattfinden.").

Postprivatisierung bedeutet weitere Postamtsschließungen

In den letzten Jahren wurden bereits mehr als 1.000 Postämter geschlossen. Der Druck, entsprechende Renditen einfahren zu müssen, wird diesen Prozess fortsetzen. Damit wird die flächendeckende Versorgung - eigentlich ein gesetzlicher Auftrag - mit Postdiensten weiter ausgehöhlt. Folge: schlechtere Qualität bei steigenden Preisen.
Die Arbeitsverhältnisse haben sich in den letzten Jahren enorm verschlechtert. In manchen Bereichen - etwa im Verteilerzentrum in Linz - herrscht dermaßen unmenschlicher Arbeitsdruck, dass die Beschäftigten kaum Zeit finden, aufs Klo zu gehen. Mit weiteren "Flexibilisierungen" soll der Arbeitsprozess derart umgestaltet werden, dass die arbeitenden Menschen immer mehr zu bloßen Anhängseln der Maschinen degradiert werden. Auch Kürzungen der - ohnehin kaum mehr vorhandenen Pausenzeiten - und Arbeitszeitverlängerung bei sinkender Bezahlung gehören dazu.

Kampfmaßnahmen vorbereiten!

Ein Streik stellt für die Meisten von uns etwas völlig Neues dar. Ein Streik ist nichts einfaches und muss gut vorbereitet werden. Gerade in Österreich ist ein Streik schwierig- aber es gibt keine andere Möglichkeit die Verschlechterungen zu verhindern. Und es gibt Erfahrungen, auf die wir zurückgreifen können.

Was kann ich tun?

1. *Mit gleich gesinnten KollegInnen am Arbeitsplatz über die Situation bei der Post reden. Welche Forderungen wären bei einem Streik wichtig?*
2. *In den Verteilerzentren das Arbeitstempo reduzieren. In Pausen oder kleinen Dienststellenversammlungen die Lage besprechen. Dienststellenversammlungen an Pausen anhängen. Vielleicht wird auch die Pause um einige Minuten überzogen,*
3. *Mit den VPA-Mitgliedern reden. Wie schaut's mit der Information aus? Viele KollegInnen erfahren alles zum Thema Postprivatisierung nur aus den Tageszeitungen und Fernsehen. Wurden die nächsten Schritte gemeinsam beraten? Organisiert Dienststellenversammlungen mit Informationen von der GPF-Spitze, nutzt Die Dienststellenversammlungen um die Lage zu besprechen, nächste Schritte zu planen und Druck auf das Postmanagement zu machen.*
4. *Wenn es seitens der Gewerkschaft oder des VPA an Eurer Dienststelle keine Aktivitäten gibt ist es nötig eigene SprecherInnen zu wählen und Aktionsgruppen zu bilden.*
5. *Streikvorbereitungen beginnen! Durch Kontakt mit den SprecherInnen/Aktionsgruppen aus anderen Dienststellen kann man versuchen gemeinsame Aktionen zu machen. Die Aktionsgruppen bilden - eventuell zusammen mit den VPA - die Streikleitung. Sie organisieren die Streikvorbereitung und legen den Zeitpunkt der Arbeitsniederlegung fest.*
6. *Mit individuellen oder durch die Aktionsgruppen organisierten Anrufen in der Gewerkschaftszentrale, E-Mails an die Gewerkschaftsvertreter, Protestresolutionen usw. Druck auf die Gewerkschaftsspitze ausüben, eine PersonalvertreterInnen-Konferenz einzuberufen bzw. auf den einzelnen Standorten Betriebsversammlungen abzuhalten. Diese sollen über Ziele, Art und Dauer von Kampfmaßnahmen beraten und beschließen.*
7. *Aus den Diskussionen in den Dienststellen über die Forderungen wird über die Aktionsgruppen ein Forderungsprogramm bzw. ein Streikziel festgelegt, wie z. B. Stopp der Privatisierung, Reduzierung des Arbeitstempos durch Drosselung der Maschinen, Personalaufnahme statt Abbau Ein Streikende kann nur demokratisch auf einer PersonalvertreterInnen-Konferenz oder mit einer Urabstimmung beschlossen werden.*

Es zahlt sich aus zu Widerstand zu organisieren!

Ihr seid nicht alleine. In Linz wird gerade ein Solidaritätskomitee gegen eine Privatisierung bei der Post vorbereitet. Es wird Gewerkschafter und Betriebsräte aus der Post und von anderen Betrieben, aber auch arbeitende Menschen, die sich mit der Postbelegschaft solidarisch erklären, umfassen. Wir von der Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften sind selbstverständlich dabei, denn wir wollen unseren Beitrag in diesem Arbeitskampf leisten.

*Das nächste Treffen dazu findet am
Mittwoch, 8. Februar 2006 um 19.00 Uhr
im AK-Bildungshaus Jägermayrhof, Römerstraße 98,
4020 Linz (Nähe Wienerwald am Freinberg) statt.*

Auch auf Deine Teilnahme zählen wir. Mach mit bei der Plattform!

In der branchen- und fraktionsübergreifenden "Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften" arbeiten Gewerkschaftsmitglieder, BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen gemeinsam für einen kämpferischen Kurswechsel der Gewerkschaften. Wir wollen die Angriffe der Regierung gemeinsam abwehren. Das heißt für uns, bei eventuellen Streikvorbereitungen in Betrieben und Dienststellen mitzuhelfen. Und es heißt vor allem, eine möglichst starke Solidaritätsbewegung mit der Post-Belegschaft aufzubauen. Wir sind in Oberösterreich, Salzburg und Wien aktiv. Wenn Sie/ Du mitmachen oder Kontakt zu uns aufnehmen möchten/möchtest:

Telefon: 01/524 63 10

Internet: <http://www.labournetaustria.at/plagew.htm>

Mail: labournetaustria@utanet.at